

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radenormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 202

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: Million Mark freibleibend.
— Einzelnummer 150000 Mark. —

Halver

Samstag, den 13. Oktober 1923

Anzeigenpreis nach Grundpreisen und Schlüsselzahl.
Anzeigenpreis pro mm 40 Mk., Anzeigen für Behörden, Finanz-
anzeigen und auswärtige Anzeigen 60 Mk.; Restanten 100 Mk.
— Schlüsselzahl 3. 34. 100000.
Grundpreis mit Schlüsselzahl ergibt den Millimeterpreis

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der Reichskanzler Dr. Stresemann wird in den nächsten Tagen in Bregenz mit dem österreichischen Bundeskanzler, Prälaten Dr. Seidel, aufkommenstreffen.
- * Die Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz wurde im Reichstag auf Sonnabend, 13. Oktober, verschoben.
- * In Berlin ist der bekannte Führer der englischen Arbeiterpartei, Abg. E. D. Morel, eingetroffen. Er hatte Besprechungen mit verschiedenen deutschen Gewerkschaften und mit Reichskanzler Dr. Stresemann.
- * Die Eisenbahntarife werden ab 13. Oktober abermals verdoppelt.
- * In Hamburg stehen Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten vor dem Abschluß einer politischen Einheitsfront.

Noch keine Entscheidung.

Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz im Reichstag am 13. Oktober.

(381. Sitzung.) CB. Berlin, 11. Oktober.

Die heutige Sitzung des Reichstages, die bereits vormittags 10 Uhr begann und in der die 3. Beratung des Ermächtigungsgesetzes durchgeführt werden sollte, stand unter dem Zeichen einer außerordentlichen Spannung. Es war durchaus nicht sicher, daß das Gesetz zur Annahme gebracht werden konnte. Die Sachlage war folgende: Es handelt sich um ein verfassungsänderndes Gesetz. Eine Abstimmung darüber ist nur möglich, wenn wenigstens zwei Drittel der Abgeordneten, also 310 Abgeordnete, an der Abstimmung teilnehmen. Von diesen müssen dann wieder wenigstens zwei Drittel, also 207 mit „Ja“ stimmen. Die Schwierigkeit lag in diesem Falle darin, ob die nötige Zahl von Abstimmenden überhaupt teilnehmen würde. Das Haus war zwar stark besetzt, aber die Deutschnationalen und die Kommunisten sowie einige Sozialdemokraten wollten an dieser Abstimmung nicht teilnehmen. Als dies besonders auf Grund eines Fraktionsbeschlusses der Deutschnationalen, die in der letzten Nacht bis 3 Uhr beraten hatten, bekannt wurde, begab sich der Reichskanzler aus der Sitzung sofort zum Reichspräsidenten und ließ sich von diesem für den Fall, daß das Ermächtigungsgesetz nicht angenommen würde, die

Vollmacht zur Auflösung des Reichstages

erteilen. Noch während der Sitzung wurde die Besprechung der Fraktionen über ihre Stellungnahme zum Ermächtigungsgesetz weitergeführt, und es herrschte in den ersten Stunden eine außerordentliche Bewegung wegen der Frage, auf welche Weise die nötige Mehrheit oder, besser gesagt, die nötige Teilnehmerzahl für die Abstimmung gesichert werden könnte.

Sitzungsbericht.

Die Sitzung wurde eingeleitet mit einer Rede des Kommunisten Frölich, der scharfe Angriffe gegen das Ermächtigungsgesetz, gegen Stinnes, gegen die Regierung und gegen die Reichswehr richtete.

Inzwischen war von den Regierungsparteien und von der bayerischen Volkspartei eine Entschließung eingegangen, in der verlangt wurde, daß die Ausgaben zur Pflege der Kultur, Volkswohlfahrt und Jugendpflege erst in letzter Linie von Ersparnisrückstellungen unterstellt werden sollten.

Ein Zwischenfall

ereignete sich, als der Abg. Ledebour beantragte, der Reichstag solle seine Verhandlungen so lange aussetzen, bis der Reichskanzler, der sich inzwischen zum Präsidenten begeben hatte, wieder anwesend sei. Der Antrag Ledebours bedurfte jedoch einer Unterstützung von 30 Mitgliedern des Hauses. Während der Abstimmung darüber betrat eine Anzahl Deutschnationaler den Saal und unterstützten den Antrag. Trotzdem reichte die Zahl nicht aus, und als der Präsident, um die Neuhingekommenen aufzufüllen, eine neue Abstimmung vornahm, blieben die Deutschnationalen sitzen und der Ledeboursche Antrag war abgelehnt.

Bei der Fortsetzung der Aussprache bekämpfte der deutsch-völkische Abg. Gerning das Ermächtigungsgesetz und forderte den Kanzler auf, die Führung der völkischen Bewegung zu übernehmen. Dann führte der Unabhängige Ledebour nochmals Beschwerde darüber, daß der Kanzler der Debatte nicht vollständig beigewohnt habe. Er lehnte es für seine Person ab, dieser Regierung eine Diktatur zu übertragen. Da er sich weiterhin in einer Polemik gegen Ledebours Bewegung, so nahm der völkische Abg. von Graefe nach ihm Gelegenheit, diese Angriffe zurückzuweisen.

Die bayerische Volkspartei stimmt mit ab.

Eine wichtige Erklärung gab dann der Abg. Reich für die bayerische Volkspartei ab, indem er feststellte, seine Fraktion lehne zwar nach wie vor das Ermächtigungsgesetz ab, wolle aber keine Obstruktion treiben und werde deshalb an der Abstimmung selbst teilnehmen. Diese Feststellung war deswegen so bedeutsam, weil dadurch die Aussichten auf das Zustandekommen der ausreichenden Teilnehmerzahl für die Abstimmung sich verbesserten.

Für die Sozialdemokraten, die inzwischen ebenfalls wieder eine Fraktionsitzung abgehalten hatten, erklärte Dr. Breitfeld, daß die Sozialdemokraten ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz geben wollen, damit einer illegalen Diktatur vorgebeugt werde.

Einleitung der Abstimmung.

Endlich wurde ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Aussprache angenommen. Nunmehr trat man in die Einzelberatung ein, und in dieser bekämpfte der Deutschvölkische Abg. Wulle nochmals das Gesetz. Er erklärte, daß damit die Grundrechte der Verfassung durchbrochen würden und daß an ihre Stelle eine Diktatur der Mittelmäßigkeit einreite. Die weiteren Ausführungen des Redners wurden durch fortgesetzte Schlußrufe unterbrochen.

Nunmehr wurde auch ein Antrag auf Schluß der Einzeldebatte angenommen, und man kam zur Abstimmung. Zunächst war über eine Reihe Anträge namentliche Abstimmung notwendig, und diese waren deswegen von besonderer Bedeutung, weil man daraus die Besetzung entnehmen konnte und infolgedessen die entscheidende Schlußabstimmung im voraus abschätzen konnte. Verschiedene Minister und der Reichskanzler

wurden zur Abstimmung ihre Plätze in den Fraktionen ein und beteiligten sich an der Abstimmung.

Zunächst wurde ein deutschnationaler Antrag gegen die Aufhebung der Verfassungsgrundrechte durch das Ermächtigungsgesetz mit 292 gegen 79 Stimmen abgelehnt.

Hierauf folgte die namentliche Abstimmung über § 1 des Gesetzes. Dabei stimmten die Regierungsparteien mit ja, und der § 1 wurde mit 253 gegen 97 Stimmen angenommen.

Ferner beantragten die Deutschnationalen die Streichung der Bestimmung aus dem § 2, daß das Gesetz mit dem Wechsel der jetzigen Regierung außer Kraft treten solle. Dieser Antrag wurde mit 306 gegen 64 Stimmen abgelehnt. Aus den Ziffern der bisher abgegebenen Stimmen konnte man bereits errechnen, daß für die Schlußabstimmung, für die eine Zweidrittelmehrheit notwendig war, keine Sicherheit für ausreichende Beteiligung vorhanden war. Es hing alles davon ab, wieviel Abgeordnete der bayerischen Volkspartei und der Sozialdemokraten sich an der Abstimmung nicht beteiligten würden. Ferner war noch fraglich, wie sich die Deutschnationalen stellten. Diese Frage wurde sofort durch eine mit höchster Spannung vom ganzen Hause angehörte Erklärung des Abg. Schult-Bromberg geklärt. Dieser sagte u. a.:

Wir stehen vor einem Beschluß, wie er von solcher Tragweite in diesem Reichstag noch nie gefaßt wurde. Der in höchsten Tönen geäußerte Parlamentarismus gesteht seine Unfähigkeit ein, die ihm vom deutschen Volke anvertrauten Geschäfte selbstständig weiterzuführen. Er meldet seinen Konkurs an, er wird verschwinden aus den Augen des Volkes. Aber ich fürchte, die Folge könnten die Todesrufe des ganzen deutschen Volkes sein. Ein Beschluß von dieser Schwere erfordert, daß diejenigen Parteien, die die Verantwortung für ihn übernehmen, sie reiflich überdenken, und daß sie besonders die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit aus den Koalitionsparteien selbst aufbringen. Die bisherigen Abstimmungen haben ergeben, daß das nicht der Fall ist. Wir als Gegner des Beschlusses haben keine Veranlassung, der Koalition zu helfen. Wir werden darum der Abstimmung fernbleiben.

Die Deutschnationalen verlassen den Saal.

Unter großer Bewegung im Hause verließen nun die Deutschnationalen geschlossen den Saal, und die Kommunisten und Ledebour erklärten ebenfalls, daß ihre Freunde auch den Saal verlassen würden.

Angeht diese Situation, die nun den sicheren Fall des Ermächtigungsgesetzes voraussehen ließ, beantragte der Zentrumsführer Abg. Marx im Namen vieler Mitglieder des Hauses, die ganzen Verhandlungen zu vertagen. Dieser Antrag rief bei den Abgeordneten der Opposition schallendes Gelächter und lärmende Zurufe hervor.

Abg. v. Graefe (deutschvölkisch) erklärte, diese Regierung habe sich noch nie kläglicher blamiert als in diesem Augenblick. Vor wenigen Minuten habe der Kanzler noch mit der Auflösung gedroht, und nun solle er wieder in die erbärmliche Gewohnheit der Verhandlungen zurück.

Der Präsident Löbe griff hier ein und ersuchte den Redner, vom Kanzler nicht in unparlamentarischen Tönen zu sprechen. Weiterhin stellte der Präsident fest, daß der Antrag Marx offenbar nur den Zweck habe, die erforderliche Stimmenzahl für einen verfassungsmäßigen Beschluß zusammenzubringen. Infolgedessen werde er die nächste Sitzung auf Sonnabend aussetzen.

Der Reichskanzler selbst erwiderte dem Herrn v. Graefe noch, daß er seinerseits überhaupt keine Erklärung oder Drohung mit der Auflösung abgegeben habe, aber die Beschäftigung darüber, was die Regierung im Falle der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes tun würde, können bereits fest.

Nunmehr beschloß das Haus mit größerer Mehrheit, die nächste Sitzung am Sonnabend mittags 1 Uhr abzuhalten und dann die Schlußabstimmung über das Ermächtigungsgesetz vorzunehmen.

Die Ermächtigung des Reichskanzlers zur Auflösung des Reichstages.

Berlin, 11. Okt. Der Reichskanzler Dr. Stresemann berief sofort nach seiner Rückkehr vom Reichspräsidenten die Fraktion der Regierungsparteien zu einer Besprechung zu sich. Er eröffnete ihnen, wie wir erfahren, daß der Reichspräsident ihm die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages gegeben habe, wenn das Ermächtigungsgesetz nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit findet. Während der Plenarsitzung hielten die Sozialdemokraten eine Fraktionsitzung ab, in der versucht werden soll, die Opposition in der Partei, die sich bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz der Stimme enthalten will, von ihrem Vorhaben abzubringen, da sonst die Auflösung des Reichstages mit schweren, katastrophalen Folgen unvermeidlich sei. Zur Zeit wird auch versucht, die Deutschnationale Volkspartei zu bewegen, während der Abstimmung im Saale zu bleiben, da sonst die Anwesenheit von zwei Dritteln aller Mitglieder nicht erreicht werden würde.

Die geplanten Verordnungen.

Wenn das Ermächtigungsgesetz in Kraft tritt:

Das Reichskabinett beriet neben den Ruhrfragen über finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen. Wenn die Regierung das Ermächtigungsgesetz erst erhalten haben wird, dürfte sie voraussichtlich sofort drei Verordnungen erlassen. Eine wird sich mit der Frage der Brotverbilligung befassen, indem voraussichtlich angeordnet werden wird, daß die Brotabgabe, die bekanntlich zweimal erhoben werden sollte, noch mehrere Male entrichtet werden soll. Die zweite Maßnahme wird eine Verordnung finanzpolitischer Art sein. Die dritte Verordnung wird sich mit den Preiskonventionen der Kartelle und Syndikate beschäftigen.

Preussischer Landtag.

tt. Berlin, 11. Oktober.

(274. Sitzung.) Das Haus nahm gestern die Vertrauensklärung für die Regierung an und stimmte auch der Entschließung der Regierungsparteien zu der politischen Lage zu. Darauf erledigte der Landtag in schneller Folge eine Reihe kleinerer Vorlagen. Angenommen wurde ein Gesetzentwurf, durch den der für November 1923 in Aussicht genommene Termin für die Neuwahl der Gemeindevertretungen bis zum 2. März 1924 hinausgeschoben werden soll.

Heute verabschiedete das Haus den Entwurf, durch den der Finanzminister über den 1. Oktober 1923 hinaus bis auf weiteres ermächtigt wird, den Ausgleichszuschlag, den Versorgungszuschlag sowie die Frauenbeihilfe für unmittelbare Staatsbeamte zu erhöhen. — Dem Beamtenausgleich überwiegen wird der Zentrumsantrag, der das Staatsministerium ersucht, unverzüglich dafür zu sorgen, daß die Bezüge der Beamten, Lehrer und Geistlichen, besonders der im Ruhestand Lebenden und Hinterbliebenen rechtzeitig zur Auszahlung gelangen. Hier auf tritt das Haus ein in die zweite Beratung des

Finanzausgleichsgesetzes.

Das Gesetz soll den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden neu regeln und damit vor allem der Not der Gemeinden abhelfen.

Es entspinnt sich eine längere Debatte mit Einzelbesprechungen. In der Abstimmung werden die deutschnationalen Wähleranträge abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei, wonach bei der Berechnung der Besoldungszuschüsse vom 1. Januar bis 31. März 1924 von der Gesamtsumme der Zuschüsse ein Fünftel, vom 1. April ab zwei Fünftel abgezogen werden. Im übrigen wird die Vorlage ohne wesentliche Änderung in zweiter und dritter Lesung in der Ausschussfassung angenommen. — Ein Antrag auf organische Neuordnung der Finanzen von Reich und Ländern, Erfassung der Sachwerte und Beendigung der Auseinandersetzung über das Hohenollerndörfer wird dem Hauptauschuß überwiesen.

Veratet wird noch der Gesetzentwurf über die Erhebung von Abgaben für Wegebenutzung. Er geht an den Landwirtschaftsauschuß.

Nunmehr vertagt sich das Haus auf morgen.

Mehr als Versailles!

Die französisch-belgische Politik im besetzten Gebiet wird immer deutlicher, ihre Ziele immer klarer, ihre Methode immer durchsichtiger und konsequenter. Das Ziel ist: Ausschaltung der deutschen Staatsgewalt vor allem im linksrheinischen Teil, grundsätzlich auch im rechtsrheinischen. Bei der Gesamtorganisation dieses großen Trümmerhaufens hat das Deutsche Reich beiseite zu stehen, hat zuzuschauen, wie die französische Staatsgewalt mit der deutschen Wirtschaft ihre Vereinbarungen trifft; hat aber doch eins zu tun: zu zahlen. Und natürlich schließlich in alles einzuwilligen, alles zu genehmigen, was die Glieder dieses Staates mit den Franzosen vereinbaren, besser gesagt, was sie als französisches Diktat annehmen.

Das alles ist der deutschen Regierung nun auch offiziell mitgeteilt worden. Der Reichskanzler hatte vor ein paar Tagen unter Hinweis auf die zahlreichen Besprechungen der französischen und belgischen Regierung, daß sie in Verhandlungen mit Deutschland über die Rhein-Ruhrgebietsfrage eintreten wollten, nun in Paris und Brüssel anfragen lassen, ob und wann denn nun diese Verhandlungen beginnen würden. Und hat von Poincaré in schriftlicher Form die Mitteilung erhalten, daß die Einstellung des passiven Widerstandes einfach zu lokalen Abkommen zwischen den alliierten Behörden und den Bewohnern der besetzten Gebiete führen müsse; es sei nicht angebracht, sie mit Verhandlungen mit der deutschen Regierung zu verbinden.

Man denkt an 1918; wie stötte uns Wilson 14 sanfte Friedensmelodien vor. Wir folgten den Rattenfängerklängen und wachten erst auf, als wir in Versailles unterschreiben sollten. Alles wiederholt sich in der Weltgeschichte; warum nicht die politischen Dummheiten der Deutschen? Alles ist vergänglich, nur eines nicht: unsere politische Blindheit.

An Ort und Stelle würde man die Einstellung des passiven Widerstandes feststellen, das heißt, die Auswirkung der mit den deutschen Werken getroffenen Abmachungen erst einmal kontrollieren. Inzwischen soll Deutschland einen Zahlungsplan ausarbeiten und ihn der Reparationskommission vorlegen. Also Methode: strengste Scheidung dieser beiden Aktionen. Die aber dann, wenn beide isoliert fertiggestellt sind, wenn Frankreich in und durch die Abmachungen das Ruhrgebiet wie bisher nicht nur rein politisch, sondern auch wirtschaftspolitisch beherrscht, kurz, wenn es sich dort so eingerichtet hat, wie es für zweckmäßig hält, dann tritt die gemeinsame „Beratung mit den Alliierten“ zwecks Diktat an Deutschland in Aktion, die aber gleichzeitig ein Diktat französisch-belgischerseits an — England bedeutet.

Mit Deutschland will man also erst verhandeln, wenn die Wiederherstellung des früheren Zustandes im Ruhrgebiet wieder eingetreten sei. Das kann Monate dauern angesichts des riesigen Zerstörungswerkes, nicht nach zwei, drei Wochen schon. Es festzustellen, wann es tatsächlich der Fall ist, ist ja doch lediglich Sorge der französischen Regierung. Und in der Zwischenzeit hat die deutsche Regierung im besetzten Gebiet nichts zu sagen. Es gibt dort keine deutsche Herrschaft mehr, sondern dort herrscht die Rheinlandkommission und Herr Degoutte. Und damit beide nicht gestört werden durch irgendwelche obstinate deutsche Beamte soll die deutsche Regierung „ihre Behörden und Organe im besetzten Gebiet mit Instruktionen über ihre Aufassung versehen“.

Furchtbar deutlich werden uns schon durch diese Worte die Ziele der Franzosen und Belgier im Rhein-Ruhrgebiet. Und wer ihren Worten noch nicht glaubt, der wird ihren Taten glauben müssen. Die „Verseifung“ Deutschlands nach österreichischem Muster ist das Ziel, und das Rhein-Ruhr-

gebiet bleibt wie vor 116 Jahren unter französischer Herrschaft.

Was Poincaré sagte.

Nach deutscher amtlicher Erklärung sagte Poincaré beim Empfang des deutschen Botschafters diesem, daß die französische Regierung es ablehnen müsse, mit der deutschen Regierung über Einzelheiten der Aufgabe des passiven Widerstandes zu verhandeln. Es sei die Absicht Frankreichs und Belgiens, die Wiederherstellung des früheren Zustandes durch direkte Verhandlungen mit der deutschen Wirtschaft und den deutschen lokalen Behörden zu regeln. Diese Regelung gehe allein Frankreich, Belgien und die Bewohner des besetzten Gebietes an. Eine Einflußnahme der deutschen Regierung auf die Gestaltung der Verhandlungen sei durchaus möglich, da es der deutschen Regierung freistehe, die deutschen Behörden und Organe im besetzten Gebiet mit Instruktionen über ihre Auffassung zu versehen. Zu Verhandlungen mit der deutschen Regierung über das Gesamtproblem sei er gern bereit, sobald der passive Widerstand tatsächlich verschwunden und die Wiederherstellung des früheren Zustandes im Ruhrgebiet wieder eingetreten sei, was bei gutem Willen nach der Meinung des Herrn französischen Ministerpräsidenten in zwei bis vier Wochen der Fall sein könnte.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Ermächtigungsgesetz auch in Preußen.

Die preussische Regierung beabsichtigt, wie man erfährt, in ähnlicher Weise wie die Reichsregierung sich vom preussischen Landtag durch ein besonderes Ermächtigungsgesetz Vollmachten zur Fortführung der Geschäfte erteilen zu lassen.

Kommender deutsch-amerikanischer Handelsvertrag.

Die Londoner „Times“ glauben zu wissen, daß seit einigen Wochen zwischen der deutschen und amerikanischen Regierung Verhandlungen über den Abschluß eines Handels- und Konsulatsvertrages zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten im Gange sind. Der deutsche Gesandte in Washington von Wiedfeldt werde in einigen Tagen auf seinen Posten zurückkehren und den Vertragsentwurf dem Präsidenten Coolidge unterbreiten. Beide Nationen gewähren auf Grund dieses Vertrages einander das Recht der Meistbegünstigung.

Bayerischer Staatshaushalt auf Neumarkt.

Da eine Auffüllung des bayerischen Staatshaushaltes für 1924 auf der Grundlage der Papiermark ein Ding der Unmöglichkeit ist, beabsichtigt der Finanzminister, den neuen Staatshaushalt auf „Neumark“ aufzustellen, sofern die geplante neue Währung in absehbarer Zeit zustande kommt.

Zivilkommissar für Sachsen.

Der vor kurzem zum Amtshauptmann von Meißen berufene sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Schmidt ist auf Grund der Ausnahmeverordnung von der Reichsregierung zum Zivilkommissar für Sachsen eingesetzt worden. Man sieht in Dresden in diesem Zugeständnis des Reichsfinanziers die Voraussetzung für die Beilegung des Konfliktes zwischen Dr. Zeigener und dem Reichswehrminister.

Kahr gegen die Bankbedingungen.

Wie in München amtlich bekannt wird, haben die wirtschaftlichen Besprechungen beim Generalfinanzkommissar ergeben, daß die Säumnigkeit der Banken mit der Gutschrift der bei ihnen eingezahlten Beträge und der hohe Bankzins eine wesentliche Mithilfe an den sich überflutenden Preisforderungen tragen. Wenn die Banken nicht aus freien Stücken Zugeständnisse machen, ist ein Eingreifen des Generalfinanzkommissars beabsichtigt.

Aus In- und Ausland.

München. Der Deutsche Christliche Gewerkschaftsbund München hat an den Generalfinanzkommissar Dr. v. Kahr ein Schreiben gerichtet, welches die Aufhebung des Streikverbotes fordert.

München. Nach Mitteilung des Deutschen Kampfbundes ist Hitler nach wie vor der Führer des Deutschen Kampfbundes, er habe sich jedoch nicht mehr bereit erklärt, diese Führung auch für den Verband „Reichsflagge“ beizubehalten.

Madrid. Das Militärtribunal hat angeordnet, daß der Handel mit Lebensmitteln durch die Zivilgouverneure zu überwachen ist und daß an den wichtigsten Lebensmitteln nicht über 14 % verdient werden darf.

Bukarest. Die Polizei entdeckte ein faschistisches Komplott zur Ermordung mehrerer Minister, Finanzleute und anderer in der Öffentlichkeit stehenden Persönlichkeiten. Die Polizei beschlagnahmte Waffen und Munition und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Mittagssonne.

Roman von Wolf vom Rosenegg.

3) Nachdruck verboten.

„Nein, Herr Doktor. Der Herr Oberst ist oder war bis heute Abend ein kerngesunder Mann. Er ist auch nicht wegen Krankheit in Pension gegangen; ein Zusammenstoß mit seinem Divisionskommandeur, der von militärischen Dingen nicht halb so viel verstand wie unser Herr Oberst, bei einem Manöver war die Ursache. Gehen mußte aber der Herr Oberst und nicht die Excellenz. Heute nach dem Nachtmahl fühlte sich der Herr Oberst nicht wohl und begab sich gegen seine Gewohnheit früh zu Bett. Kurz nach elf wurde ich vom quädelnden Fräulein geweckt und zu Ihnen geschickt. Der Herr Oberst hatte einen leichten Ohnmachtsanfall erlitten. Nun, hoffentlich ist es nichts Schlimmes.“

Sie hatten das hübsche, im deutschen Landhausstil erbaute Gebäude erreicht; der Diener schloß die Tür auf, versorgte die Räder und führte den Arzt die Treppe hinauf. Auf dem Flur des ersten Stockes, der vom elektrischen Lichte hell erleuchtet war, wurden sie von der Tochter des Hauses erwartet.

Die mehr in seinem Leben vergaß Hans Reichmann jenen Augenblick, in dem er Elfriede Parth zum erstenmal gegenüberstand. In schlichtem, aber um so vornehmer wirkenden Hauskleide stand die hohe, schlankste Gestalt dort in dem breiten Gange, und die herrlichen, tiefblauen Augen richteten sich voll banger Erwartung auf den jungen Arzt, der dem geliebten Vater helfen sollte. Der Ausdruck von Angst und Sorge in dem anmutsvollen Gesicht des etwa zwanzigjährigen Mädchens war so rührend, daß Dr. Hans Reichmann mit tiefer Verbeugung auf Elfriede zutrat und sprach:

„Mein gnädiges Fräulein, Sie haben mich rufen lassen, da bin ich. Gehen Sie dem Herrn Oberst besser? Es wird sich hoffentlich um ein vorübergehendes Unwohlsein handeln.“

„Vielen Dank, Herr Doktor, daß Sie so schnell gekommen sind. Mama und ich sind in furchtbarer Sorge und Unruhe. Papa hat noch niemals etwas gefehlt.“

„Wie alt ist der Herr Oberst?“

„Im zweiunddreißigsten Lebensjahre.“

„Niemals. Kaum einmal unwohl.“

„Nun, dann wird es sicher nicht gar so schlimm sein. Setzen Sie sich, Herr Doktor, Sie werden wohl wieder schlafen gehen wollen.“

Teheran. Der vormalige persische Minister Qatwan es Salane ist verhaftet worden, und zwar im Auftrage des persischen Kriegsministers. Man erwartet weitestgehende Verwicklungen.

Sozialistisch-kommunistische Regierung in Sachsen.

n. Dresden, 11. Oktober.

Das sozialdemokratisch-kommunistische Kabinett ist gebildet worden. Der kommunistischen Partei sind das Finanzministerium und das Wirtschaftsministerium zugeteilt worden. Das Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident: Dr. Zeigener (Soz.), Ministerium des Innern: Liebmann (Soz.), Finanzministerium: Böttcher (Komm.), Justizministerium: Neu (Soz.), Ministerium für Volksbildung: Fleißner (Soz.), Wirtschaftsministerium: Sedert (Komm.), Arbeitsministerium: Graupe (Soz.). Der bisherige kommunistische Parteifreier Heinrich Brandler wird zum Ministerialdirektor in der Staatskanzlei ernannt.

Übermalige Verdoppelung der Bahnfahrpreise.

Schlüsselzahl für Personen 120, für Güter 350 Millionen.

Nachdem erst am 10. Oktober die Eisenbahnfahrpreise verdoppelt worden sind, kündigt das Reichsverkehrsministerium für Ende der Woche bereits eine neue Erhöhung an. Danach beträgt vom 13. Oktober ab die Schlüsselzahl für die Eisenbahnfahrpreise im Personenverkehr 120 (bisher 60), im Güterverkehr 350 (bisher 72) Millionen. Weitere Erhöhungen sind nicht ausgeschlossen, da das Reichsverkehrsministerium mitteilt, die letzte außerordentliche Geldentwertung sei noch nicht berücksichtigt.

Kartoffeln nur zur Ernährung.

Herabsetzung des Alkoholbrandes.

Der Reichsernährungsminister hat eine wichtige Verordnung erlassen, daß bis zum 31. Oktober die industrielle Verarbeitung von Kartoffeln in den Kartoffel-Verarbeitungs- und Stärkefabriken verboten wird. Das Brennrecht für Kartoffeln ist vom 3. Oktober ab auf 50 % herabgesetzt.

Der Kartoffelgroßhandel erklärt sich mit dieser Verfügung nicht einverstanden und drückt die Meinung aus, die zur menschlichen Nahrung ungeeigneten Kartoffeln würden dabei dem Verderben anheimfallen. Aus den Handelskreisen wird eine Abschwächung des Verbots beantragt. Wie weit das Verbot die Spirituserzeugung trifft, bedarf noch der Klarstellung.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Steigerung um 170 %.

Die Lebensindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamts für den 8. Oktober auf das 109,1-malige der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (40,4 Millionen) beträgt somit 170 %.

Großhandelspreise.

Das Niveau der Großhandelspreise hat sich nach den Berechnungen des statistischen Reichsamts in der Zeit vom 2. bis 9. Oktober um 26,1 % auf das 307,4-malige des Friedensstandes gehoben. Von den Hauptgruppen stiegen die Einfuhrwaren um 260,1 % auf das 895,9-malige, die Inlandswaren um 265,1 % auf das 289,8-malige, ferner die Lebensmittel (im Großhandel) um 266,7 % auf das 185,5-malige des Friedensstandes.

Lokales und Provinzielles.

Salver, 13. Oktober 1923.

□ Verfüßachte Bezugsgebühr der Großstadtspresse. Die weitere Marktentwertung und die damit verbundene Steigerung aller Ausgaben hat die Großstadtspresse veranlaßt, ihre Bezugsgebühr bis zum Jahresende zu steigern. So erhöht das Berliner Tageblatt z. B. für die Woche vom 14. bis 20. Oktober den Bezugspreis auf 300 Millionen Mark. Die anderen Blätter schließen sich entsprechend an. Die Anzeigenpreise sind ebenfalls entsprechend hoch. Die Kleinzeile (ein Viertel unserer Zeitpatte) des teuersten Anzeigenblattes, des Berliner Tageblatts, kostet vom 19. 10. an 450 Millionen Mark.

nen folge, im großen und ganzen nichtsagende Störungen schon ab und zu einmal eintreten.“

Hans Reichmann sprach in diesem Augenblick mehr als notwendig und stellte noch verschiedene Fragen, nur um die erste Gelegenheit, mit Elfriede Parth sprechen, ihre klangvolle Stimme hören zu können, voll auszunützen.

Elfriede führte dann den Arzt in das Schlafzimmer ihres erkrankten Vaters, wo den beiden jungen Leuten die Frau Oberst Parth entgegentrat.

Hans Reichmann verbeugte sich abermals und nannte seinen Namen. Frau Oberst Parth war eine schmächtige, ältere Dame, der man an dem blassen, schmalen Gesicht längere Krankheit anah; sonst freilich trugen ihre Züge noch ununterkennbare Spuren einstiger Schönheit. Diese hatte Elfriede von der Mutter, vom Vater aber die hohe, schlanke Gestalt geerbt.

Während nun Hans Reichmann mit der Frau Oberst einige Worte wechselte, war Elfriede an das Bett ihres Vaters geeilt, beugte sich liebevoll über ihn und fragte: „Papa, ist dir besser? Herr Dr. Reichmann ist soeben gekommen.“

Da richtete sich der Oberst in den Kissen auf und rief mit seiner frischen, vollen Stimme: „Dummes Zeug! Was macht ihr für Sachen. Mir fehlt ja gar nichts. Ihr tut ja gerade, als ob es schon ans Sterben ginge. Macht doch keine so besorgten Gesichter. Größt Gott, Herr Doktor. Habe schon von Ihnen gehört. Nur Gutes; hätte aber nicht gemeint, daß ich Sie so schnell in Ihrer Eigenschaft als Arzt brauchen würde. Mein Lebenslang habe ich für Arzt und Apotheker nicht zwanzig Mark ausgegeben.“

Hans Reichmann lachte. „Nun dann, Herr Oberst, beneide ich Sie um Ihre Gesundheit; aber einmal kommt der Augenblick, wo man uns ruft.“

„Was haben die besorgten Weiber getan, ich nicht“, brummte der Oberst in guter Laune. „Aber Sie werden auch diesmal nicht viel zu tun bekommen. Ich glaube, ich habe heute mittag zu viel von meiner Lieblings-speise gegessen, und mein Magen will nicht mehr recht verdauen. Der Mensch sollte nicht alt werden.“

„Ost, du darfst nicht klagen“, meinte die Frau Oberst. „Will ich auch nicht, Helene; ich bin schon zufrieden. Also heran, Herr Doktor; Sie werden wohl wieder schlafen gehen wollen.“

Während Elfriede und ihre Mutter das Zimmer ver-

□ Briefsendungen, die nicht mehr befördert werden. Gewöhnliche Briefsendungen, auf deren Umschlägen die erste Aufschrift usw. durchstrichen und durch eine zweite Aufschrift — sei es auf der Vorder- oder Rückseite — ersetzt ist, sind mit Rücksicht auf die Unzulänglichkeiten, die sich für den Postbetrieb ergeben haben, zur Postbeförderung nicht mehr zugelassen. Es bleibt aber weiterhin gestattet, gebrauchte Briefumschläge zwecks Wiederverwendung zu wenden oder so zu überlegen, daß die alte Aufschrift und die früher verwendeten Marken, Stempel, Zettel usw. vollständig verdeckt sind. Versuchweise sollen bei gewöhnlichen Briefsendungen des inneren deutschen Verkehrs auch Briefumschläge mit zwei voneinander abgekehrten Aufschriftsfeldern zur Verwendung zugelassen werden.

□ Postgebühren im Auslandsverkehr. Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Paket-, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr nach dem Ausland ist mit Wirkung vom 12. Oktober an auf 690 Millionen Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenanstalten.

Wirtschaftsbarometer am 11. Oktober 1923.

Reichsbankdiskont	90 %
Goldankaufspreis	640 Dollar pro Mg.
Silberankaufspreis	55 000 000 fad.
Eisenbahnschlüsselzahl für Personen	60 000 000
„Güter	72 000 000
Fernbrief (20 Gramm)	5 000 000
Direktbrief (20 Gramm)	2 000 000
Großhandelsindex (Stichtag 9. 10.)	307 400 000
Lebenshaltungsindex (Stichtag 8. 10.)	109 100 000
Arbeitsindex (ab 11. Oktober)	200 000 000
Buchdrucker-schlüsselzahl (ab 11. 10.)	19 500 000
Schlüsselzahl für Zeitungsanzei-	
gen (13. 10. bis 19. 10.)	600 000
Hotelschlüsselzahl	30 000 000
Buchhändler-schlüsselzahl ab 12. 10.	800 000 000
Goldzollaufgeld (ab 13. 10. bis 16. 10.)	24 299 999 900 %
(1 Goldzollmark = 243 000 000 Papiermark.)	
Landabgabe (13. 10. bis 16. 10.)	243 000 000

Die von der Landesbank in Münster

ausgegebenen Notgeldscheine werden, wie uns verschiedentlich mitgeteilt wird, von hiesigen Geschäften als Zahlungsmittel abgelehnt mit dem Bemerkten, diese Geldscheine seien ungültig. Dem ist nicht so. Nach unseren Erkundigungen sind sämtliche Geldscheinsorten, die von der westfälischen Landesbank ausgegeben worden sind, als vollgültiges Zahlungsmittel anzusehen. Die Aufrufsfrist neuerdings ist bis zum 1. April 1924 verlängert worden. Es besteht somit keine Veranlassung, die in Rede stehenden Geldscheine bei Einkäufen als Zahlungsmittel abzulehnen.

Die wirtschaftliche Lage im September.

Die Monatsberichte der Handelskammern zeigen nunmehr auf allen Gebieten der deutschen Wirtschaft den verheerenden Einfluß der durch die Besetzung und rücksichtslose Abschneidung vom Rheinland und Ruhrgebiet hervorgerufenen schweren politischen und wirtschaftlichen Wirkungen der französisch-belgischen Gewaltpolitik. Der wesentlich hierdurch verursachte tiefe Sturz der Mark rief eine starke Steigerung der Preise aller Materialien und Löhne hervor, als deren Folge und weil es bei der allzu stark und schnell sich vollziehenden Geldentwertung der Wirtschaft unmöglich war, sich das Anlage- und Betriebskapital in der erforderlichen Höhe zu erhalten, zeigte sich im Berichtsmonte eine weitere starke Verschärfung der bestehenden Kapital- und Kreditnot im Handel und Industrie, zumal die Reichsbank sich durch die Verhältnisse genötigt sah, sich in der Kreditgewährung immer stärkerer Beschränkung aufzulegen. Diese Ursachen zusammen mit der starken Steuerbelastung trugen dazu bei, daß die Weltmarktpreise auf immer mehr Gebieten erreicht oder überschritten wurden. Die Folgen sind immer stärkere Abschneidungen und Betriebseinschränkungen. Die Berichte der Handelskammern weisen darauf hin, daß auch in dem Übergang weiter großer Teile von Handel und Industrie zur Goldmarkpreisberechnung kein endgültiger Ausweg aus den Schwierigkeiten der Geldentwertung gewonnen ist, solange nicht die jetzt in Angriff genommene Schaffung eines wert-

stehen, unterzog Hans Reichmann den Obersten einer längeren, gründlichen Untersuchung. Er erkannte schnell, daß es sich nicht lediglich um eine Verdauungsstörung handelte. Der Oberst hatte einen ganz leichten Schlaganfall erlitten, von dem er sich ungewöhnlich rasch wieder erholt hatte. Also war die Sache diesmal ungefährlich, wenn sich der alte Herr die nötige Schonung auflegte.

Er verhehlte daher dem Obersten keineswegs die Sachlage, bat ihn, seinen Anordnungen nachzukommen und sich die kurze Zeit hindurch zu schonen, dann könne eine, wohl schmerzlichere Wiederholung des Anfalls, vermieden werden.

Der Oberst war nun doch ernst geworden und sprach: „Donnerwetter, das wäre also eine, wenn auch leise, Mahnung gewesen, sich bereitzuhalten. Sagen Sie den Weibern nichts, sie ängstigen sich unnötig; ich will Ihnen folgen wie ein kleines Kind, hoffe aber, daß die Plagerei nicht zu lange dauert und ich dann völlig wieder auf dem Damm bin.“

„Darauf können Sie sich verlassen, Herr Oberst.“

Hans Reichmann rief nun die beiden Damen und erklärte ihnen, daß dem Unwohlsein eine weitere Bedeutung nicht beizumessen sei, daß sich der Herr Oberst aber in Anbetracht seines Alters doch einige Zeit sehr schonen müsse. Er gab dann die nötigen Anweisungen für Pflege und Behandlung, erklärte, im Verlaufe des nächsten Tages wiederzukommen, und empfahl sich.

Es war schon Mitternacht vorüber, als Hans Reichmann seiner Wohnung zufuhr. Der Ruf in die Villa des Obersten war für ihn, das empfand er schon in diesem Augenblick, mehr als ein ärztlicher Besuch, wie er ihn schon unzählige Male gemacht hatte; er bedeutete ihm ein Erlebnis, denn von der Minute an war das Bild Elfriede Parths in seinem Geiste. Jeder Zug ihres hübschen Antlitzes war ihm so gegenwärtig, daß er, wäre er ein Maler gewesen, das Bild des schönen Mädchens aus dem Gedächtnisse hätte malen können. Dazu fühlte er in sich eine merkwürdige, ihm ganz ungewohnte Erregung, und als er dann wieder in seinem Zimmer war, da fehlte ihm die Ruhe, sich schlafen zu legen; er wandelte noch mehr als eine Stunde im Zimmer auf und ab und hing abermals seinen Gedanken nach, die in so kurzer Zeit ganz andere geworden waren. Und diese Gedanken verließen Hans Reichmann in den kommenden Tagen und Wochen nicht mehr.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiter und Angestellte.

Kattowik. (Generalstreik in Oberschlesien.) Die Streikbewegung in Polnisch-Oberschlesien ist zum Generalstreik angewachsen. Im Laufe des Donnerstag stellten die Staatsbetriebe wie Post, Telegraph und Eisenbahn den Dienst ein. Infolge Unterbrechung jeglicher Verbindung ist näheres über die Bewegung und ihre Ausdehnung auf das übrige Polen nicht zu erfahren.

Kattowik. (Beseitigung der Streikgefahr.) In den Gerichten über einen vorläufigen Generalstreik auf den Gruben- und Hüttenwerken Polnisch-Oberschlesiens wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen zwischen Arbeitgeberverband und Gewerkschaften zu einer Einigung geführt haben. Die Arbeit dürfte wieder vollständig aufgenommen werden.

London. (Zunehmende Arbeitslosigkeit in England.) Die Arbeitslosigkeit nimmt einen immer erschreckenderen Umfang an. In Newcastle sind in den Listen 20.010 Arbeitslose eingetragen, und obwohl die Stadtbehörde die Ausführung von Hafen- und Baggerarbeiten beschloß, hat sich diese Maßnahme als durchaus unzureichend erwiesen. In Northumbria und Northumberland beträgt die Zahl der Arbeitslosen 257.649. In Bradford, dem Mittelpunkt der Baumwollindustrie, erreicht die Zahl der Arbeitslosen 16.811, darunter 4000 Arbeiterinnen.

Börse und Handel.

Der Dollar etwas über 5 Milliarden.

An der Berliner Donnerstagbörse konnte sich der wahnsinnige Dollarausschlag vom Vortage bis über 7 Milliarden nicht halten. Es herrschte große Unsicherheit, und die anfänglichen freien Kurse von 6,7 Milliarden konnten sich

nicht halten, sie sanken erheblich. Als dann die Reichsbank mit harten Devisenabgaben eintrifft und die amtliche Notiz auf 5.047.350.000 Mark festgesetzt wurde, schloß das Geschäft fast ganz ein, und auch nachbörslich hatten die Antreibungsveruche für Devisen kaum Erfolg. Dollarkursanweisungen wurden auf 5,1 Milliarden, Goldanleihe auf 4,8 Milliarden festgesetzt. Im Freiverkehr sanken später Dollarkursanweisungen auf 4,6, Goldanleihe auf 4,2 bis 4,4 Milliarden.

Was kosten fremde Werte?

Börsenplätze	10. 10.		9. 10.	
	gekauft	angeb.	gekauft	angeb.
Holland 1 Gulb.	1935025000	1994975000	1162087500	1167912000
Dänemark 1 Kr.	893760000	898240000	520695000	523305000
Schweden 1 Kr.	133860000	1339340000	783037500	780962500
Norwegen 1 Kr.	784035000	787965000	456850000	461150000
Schweiz 1 Fr.	678300000	681700000	528675000	531325000
Amerika Doll.	504735000	507250000	296762500	2982437500
England 1 Pf.	2294250000	2305750000	1346325000	1353375000
Frankreich 1 Fr.	305235000	306765000	181545000	182455000
Belgien 1 Fr.	250350000	260650000	154612500	155387500
Italien 1 Lira	229425000	230575000	134632500	135337500
Portugal 1 Esc.	71820	72180	41895	42105
Ungarn 1 Kr.	269325	270675	159600	160400
Japan 1 Yen	151620000	152380000	89775000	90225000

*) Nachbörslich Dollar 5,5 Milliarden.

Eine Goldmark = 1207 778 809 Papiermark, demnach 100 Millionen Papiermark = 8 1/3 Goldpfennige.

* Produktmarkt. Berlin, 11. Oktober. Amtlich festgesetzte Preise an der Produktbörse pro 50 Kilogramm ab Station (in Millionen Mark): Weizen, märkischer 7000—7600. Erreut. Roggen, märkischer 6400—6700. Erreut. Sommer-

Gerste 6400—6600. Erreut. Hafer, märkischer 5600—5900. Erreut. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 20 000 bis 25 000, feinstes Marken über Notiz bezahlt. Erreut. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 18 000—22 000. Erreut. Weizenkleie und Roggenkleie 3000.

Rauhfutter. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter (nichtamtlich). Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station (in Millionen Mark): drabtegr. Roggen- und Weizenstroh 140—150, desgl. Haferstroh 90—95, desgl. Gerstenstroh 85—90, Roggenlangstroh 70—75, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 60—70, Stroh 250—275, handelsübliches Heu 90—100, gutes Heu 120—130.

* Berliner Viehmärkte am 10. Oktober. Bericht der Viehzentrale G. m. b. H., Berlin-Friedrichsfelde. Auf dem Zentralviehmarkt zu Berlin waren aufgetrieben: 1709 Stück Rinder, 820 Stück Kalber, 3517 Stück Schafe, 2087 Stück Schweine, welche wie folgt notiert: Rinder von 35—70 Mill. M., Kalber von 55—95 Mill. M., Schafe von 40—80 Mill. M., Schweine 90—100 Mill. M. pro Pfund Lebendgewicht. (Klasse A für Fetttschweine über 3 Zentner wurde nicht notiert.) Die Zufuhren zum Magerviehmarkt haben einen weiteren Rückgang zu verzeichnen. Es waren aufgetrieben: 534 Stück Ferkel und Läufer Schweine, 28 Stück Schweine. Das Geschäft war still, die Preise jedoch um ein vielfaches höher als am letzten Markttage.

* Kohlenpreis in Berlin. Das städtische Kohlenamt teilt mit: Nach dem amtlichen Dollarkurs vom 10. Oktober in Verbindung mit einer hundertprozentigen Frachterhöhung stellen sich die Brutto- und Nettopreise ab 11. Oktober wie folgt: Briketts je Zentner ab Lager 1163 700 000 Mark, frei Keller 1217 700 000 Mark. Gasöl ab Lager 3 020 000 000 Mark, frei Keller 3 062 000 000 Mark.

Berlin, 12. Okt. An der heutigen Börse notierte der Dollar 4 000 000 000.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Fernsprecher 3705-3708.

Halbzeug : Stab-Form-Band-Eisen Walzdraht : Bleche u. s. w.

622

liefern ab Werk und Lager

WEDEKIND & Co. Eisengroßhandlung **HAGEN** Westf.

Zweighäuser:

Berlin SW. 11.

Cöln a. Rhein.

Lager mit Gleisanschluss:
Vogelsang, Kreis Schwalme i. Westf.

In das Handelsregister A Nr. 756 ist heute bei der offenen Handelsgesellschaft Portmann & Co., Oberbrügge eingetragen:
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.

Lüdenscheid, den 5. Oktober 1923.

Das Amtsgericht.

Die Zuschläge zur Grundmiete werden in Abänderung der Bekanntmachung vom 28. September 1923 mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 für die Gemeinden Halver und Schalksmühle wie folgt festgesetzt:

I. für Wohnräume:

- 100% für Zinsensteigerung.
- 16 130 000% für Verwaltungskosten.
- 18 140 000% für laufende Instandsetzungskosten.

II. für gewerbliche Räume:

- 100% für Zinsensteigerung.
- 20 160 000% für Verwaltungskosten.
- 22 680 000% für laufende Instandsetzungskosten.

Im übrigen bleiben die 3 Zt. geltenden Anordnungen über Mieterrecht im Amte Halver in Kraft.

Halver/Schalksmühle, den 10. Oktober 1923.

Die Gemeinde-Vorstände.

Wir liefern für unbesetzt. Gebiet ab Lager u. ab Werk:

Halbzeug-

Formeisen

T- u. U-Eisen

Bauschienen

Stabeisen

Moniereisen

Bandeisen

Universaleisen

Walzdraht

Bleche

schwarz u. verzinkt

Oberbaumaterial

Grubenschienen

Röhren-Fittings

Einsendung von
Bedarfs-
spezifikationen
erbeten!

Lagerlisten
auf besondere
Anforderung!

Gehr. Röchling, Hamm (Westf.)

Bureau und Lager: Maximilian bei Hamm.

Fernruf: Hamm 1881, 1882, 1883. Unna 447.

Telegramm-Adresse: Montanröchling Hamm (Westf.)

Breistwert u. gut

muß ein Waschmittel sein, wenn es seinen Namen verdienen will. Unter der Fülle der auf dem Markt befindlichen Waschmittel gibt es eins, das sich in steigendem Maße der Beliebtheit der Hausfrauen erfreut:

Bersil das unübertroffene
Waschmittel

Es verbindet Wirtschaftlichkeit mit bequemster Anwendungswelt. Einmaliges kurzes Kochen gibt bei schonender Behandlung eine tadellose Wäsche. Bersil löst sich allein und ohne Zusatz verwandelt werden und ist am ergiebigsten, wenn es in kaltem Wasser aufgelöst wird.

Ein Versuch lohnt!



Wilhelm Stallmann
Hagen W. Rathauspassage
Körnerstr. 3a Fernruf 295
1008

Frachtbrieft

nach neuester Vorschrift mit Reichsbahnstempel
fertigt an

Buchdruckerei

Wilh. Bell jr., Halver.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Halver. Sonntag, den 14. Oktober. (Erntedankfest) Vorm. 9 Uhr: Abendmahlsfeier. Vorm. 10 Uhr: Predigt Pastor D. Dresbach. Freitag abend 8 1/2 Uhr: Posaunenchor.

Evangelisches Vereinshaus, Halver. Samstag, den 13. Okt., abends 8 1/2 Uhr: Jünglingsverein, Bibelbesprechung. Sonntag, den 14. Okt. 1 1/2 Uhr: Sonntagsschule. 4 Uhr: Bibelfest. 5 1/2 Uhr: Jungfrauenverein. Bibelfestbesprechung. Abends 8 Uhr: Jünglingsverein, Unterhaltung. Donnerstag abend 8 3/4 Uhr: Bibelfestbesprechung. Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Männerchor.

Freie evang. Gemeinde Halver. Berlinerstraße 27a Sonntag, den 14. Oktober, morgens 9 1/2 Uhr: Erbauungsstunde. 11 Uhr: Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr: Bibl. Vortrag. Donnerstag abend 8 3/4 Uhr: Gebetsstunde. Samstag abend 8 Uhr: Männer- und Jünglingsverein.

Kath. Gemeinde Halver. Sonntag, den 14. Okt. 7 1/2 Uhr: Frühmesse mit Predigt. 10 Uhr: Hochamt mit Predigt. 2 1/2 Uhr: Andacht.

Evangel. Gemeinde Schalksmühle. Sonntag, den 14. Oktober. 10 Uhr: Gottesdienst, Pastor Lic. Debes. 3 Uhr: Jungmädchenverein. 6 Uhr: Jugendverein. Dienstag 8 1/2 Uhr: Jungmädchenverein. Mittwoch 8 1/2 Uhr: Bibelfest. Donnerstag Posaunenchor, Männerchor. Freitag 8 1/2 Uhr: Männer- und Jünglingsverein. Samstag 8 1/2 Uhr: Gemischter Chor.

Evangelische Gemeinde Brügge. Sonntag, den 14. Oktober. 10 Uhr: Gottesdienst. 11 1/4 Uhr: Kindergottesdienst. Mittwoch 8 Uhr: Posaunenchor. 8 1/2 Uhr: Kirchenchor. Donnerstag 4 Uhr: Frauenhilfe Döhlinghausen.

Evangel. Gemeinde Kierspe. Sonntag, den 14. Okt. 9 Uhr: Gottesdienst in der Schule zu Kierspe-Wh. 10 Uhr: Kindergottesdienst. desgl. 10 1/2 Uhr: Hauptgottesdienst in der Kirche.

Nur in meinem Bettfedernlager



Bettfedern Inlette edt rot u. feber- blich.

Fertige Betten

werd. kostenlos im Be-
sein des Käufers auf-
stellt. Ernst Windmüller,
Bettfedern-Großhandl.
Bismarckstr. 24
am Wilhelmshafen.
Telefon 304.
Strassenbahn Haltestelle
Linie 8.
Geschäftszeit von 8 Uhr
morgens bis 7 Uhr abends.
Hagen i. W.

Weißkohl

geben noch ab

Gehr. Haase,

Halver.

Ein Waggon

42% tiger Kali
eingetroffen.

Otto Ohler,
Dhl-Rönshl.

Braves

Mädchen

für alle Hausarbeiten
für sofort nach Liden-
scheid gesucht.
Meldungen bei

Frau E. Pflaumen,
Halver,
„Haus zur Fuhr“.

Büstenkarten liefert
schnellstens
Druckerei Wilhelm Bell jr.